

2014: 627; Scheidel 2017).⁶ In den drei Jahrzehnten nach Marshalls Vorlesungen schien der Krieg zwischen Bürgerrechten und Klassensystem in einen, wenn auch prekären, Frieden gemündet zu sein. Umso heftiger brach er danach wieder aus, nun jedoch mit umgekehrten Vorzeichen, diesmal mit den Verfechtern des Klassensystems auf dem Vormarsch.⁷

Die Verfechter des Klassensystems sind nicht ihrerseits vereinzelte Einzelne. Es sind sozial bestens vernetzte, in ihrer Klasse vergesellschaftete Individuen und deren Familien. Sie verfügen über Mittel, die sie nie jemals aus eigener Kraft hätten schaffen können, sondern die genuin gesellschaftlich erzeugt wurden und die sie sich angeeignet haben, als Kapital in seinen verschiedenen Formen und daraus abgeleitete Macht.⁸

Zwei im letzten Jahr in deutscher Übersetzung erschienene Studien werfen ein neues Licht auf die Ziele und strategischen Überlegungen der Protagonisten des »Neoliberalismus«, die in besagtem Krieg federführend werden sollten. Die Autoren betonen den ausgesprochen politischen Charakter des neoliberalen Denkens. Und sie zeigen, dass es in der Tat auf die Zerstörung von Gesellschaft als politischem Gemeinwesen angelegt ist.

In »Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus« zeichnet Grégoire Chamayou »aus der Sicht der herrschenden Klassen« (Chamayou 2019: 10) Doktrinen und Techniken dieses Krieges nach.⁹ Er begann in den 1970er Jahren als Antwort auf »aufsässige Arbeiter« (ebd.: 17), eine Legitimationskrise des Kapitalismus, Kontrollverluste der Eigentümer über die Unternehmen, soziale und ökologische Bewegungen, kurz: auf eine aus Sicht der herrschenden Klassen »unregierbare Gesellschaft«.¹⁰ Die Zielrichtung ihres Kampfs war und ist eine doppelte: Zurückdrängen des Staats als Sozialstaat aus der Gesellschaft, und Befreiung staatlicher Autorität vom »Druck des Volkswillens« (ebd.: 346). Im Kern geht es um »das absolute Verbot, die Ordnung sozialer Ungleichheiten anzutasten, die Verweigerung jeglicher Umverteilungspolitik« (ebd.: 346 f.).

Um ein solches Verbot durchzusetzen, bedarf es eines starken Staats, der in der Lage sein muss, Widerstände in der Gesellschaft zu brechen. Immer wieder weist Chamayou auf eine innere Verbindung im Denken von Friedrich Hayek und Carl Schmitt hin (ebd.: 305 f.). Zugleich soll dieser Staat aber auch nach Hayek »die Politik entthronen« (ebd.: 309). Wie ist es möglich, einer scheinbar so widersprüchlichen Anforderung Genüge zu tun? Dadurch, dass der Markt zur »politischen Technologie« erhoben wird: »Der Markt wurde von dem, woraus sich die Politik gefälligst heraushalten sollte, zu etwas, dem die Politik sich fortan zu unterwerfen hatte« (ebd.: 316). Zu

einem entscheidenden Hebel wurde dabei wiederum die Politik selbst, vor allem in Gestalt der Privatisierung oder Teilprivatisierung öffentlicher Unternehmen und der Einführung von Kriterien der Markteffizienz in die Erbringung sozialer Dienstleistungen.

Quinn Slobodian weist in seiner Untersuchung über »die Geburt des Neoliberalismus« nach, dass das Ziel, die Politik zu enttrotzen, nicht allein national, sondern transnational auf das Zurückdrängen des Einflusses der Nationalstaaten angelegt war. Hayek

»konzentrierte sich zusehends auf die Suche nach einer rechtlichen und institutionellen Lösung für die Störung der Marktprozesse durch die Demokratie. Anders als die Ordoliberalen, die nach einer ›Wirtschaftsverfassung‹ auf nationaler Ebene riefen, strebten die Neoliberalen der Genfer Schule eine Wirtschaftsverfassung für die Welt an« (Slobodian 2019: 22).

Ihren Einfluss machten sie wiederum politisch geltend, insbesondere bei der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO). Aber auch Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IMF) oder der Vorrang der Märkte vor der wirtschafts- und sozialpolitischen Einheit bei der Institutionalisierung der Europäischen Union stehen im Zeichen neoliberaler Doktrin und politischer Praxis. Globalisierung verstanden Hayek und seine Mitstreiter als politisches Projekt, das die Märkte gegen Einflüsse aus der Gesellschaft abschirmen sollte:

»Die normative neoliberale Weltordnung ist kein grenzenloser Markt ohne Staaten, sondern eine doppelte Welt, die von den Hütern der Wirtschaftsverfassung vor den Forderungen der Massen nach sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung geschützt wird« (ebd.: 29).

Vereinzelte Einzelne zu schaffen, die einerseits dem (aus gesellschaftlicher Verantwortung entlassenen) Staat, andererseits dem Markt und damit dem Kapital ausgeliefert sind, darauf laufen Thatchers Kriegserklärung gegen die Gesellschaft ebenso wie die »normative neoliberale Weltordnung« hinaus.

Angriffe auf das politische Gemeinwesen wurden und werden seither mit ähnlichen Mitteln, aber in national unterschiedlichen Varianten in vielen europäischen Ländern ebenso wie in den USA geführt.¹¹ Dass sich die neoliberale Doktrin und politische Praxis weder in Großbritannien noch in anderen europäischen Ländern oder der Europäischen Union ungebrochen durchsetzen konnten, liegt an Widerständen aus der »unregierbaren Gesellschaft«. Jedoch hatten sich bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Kräfteverhältnisse zwischen Bürgerstatus und kapitalistischem Klassensys-

tem wieder deutlich zugunsten des Klassensystems in alter wie neuer Gestalt verschoben. Auseinanderdriftende Gesellschaften waren und sind die Folge.

Auch in Deutschland drifteten die Lebensverhältnisse auseinander. Es ist keine »Abstiegsgesellschaft«¹² (denn die wäre im Abstieg geeint), sondern eine Gesellschaft mit zunehmenden Ungleichheiten in der Verteilung von Einkommen, Vermögen, Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Absicherung, Zugang zu Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen, politischer Beteiligung, wirtschaftlicher und politischer Macht. Vor allem die Regierung Schröder erhob den Markt zur »politischen Technologie«.¹³ Dass auch bei ihr die Verinselung der Einzelnen politisches Programm wurde, hat eine in all ihrer Widersinnigkeit doch bezeichnende Wortschöpfung auf den Punkt gebracht: »Ich-AG«.

Die Aufgabe der Kritik

An drei eng miteinander verbundenen und für das gesellschaftliche Zusammenleben heute zentralen Verhältnissen setzt der Angriff auf das politische Gemeinwesen an: an den Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnissen (die gegenwärtig um abhängige Erwerbsarbeit zentriert sind), an den sozialen Rechten, die das kapitalistische Klassensystem beschränken und damit die politischen und persönlichen Rechte des Bürgerstatus fundieren und absichern sollen, sowie an den Verteilungsverhältnissen des gesellschaftlichen Reichtums. Die Auswirkungen betreffen nicht zuletzt den Rückhalt in sozialen Beziehungen von Verwandtschaft und Bekanntenkreisen, die Thatcher den ansonsten vereinzelt Einzelnen immerhin zugestehen wollte. Was dies für die Gesellschaft bedeutet, ist Thema dieses Buchs.

Einen Weg zurück zum Ausgangspunkt, bevor das Auseinanderdriften einsetzte, gibt es nicht. Zum Ausgangspunkt zurückkehren zu wollen wäre aber auch sinnlos, denn in ihm war die Möglichkeit des Auseinanderdriftens bereits angelegt. Daraus resultiert die Hilflosigkeit, die derzeit in vielen politischen Beschwörungen des »sozialen Zusammenhalts« zum Ausdruck kommt.¹⁴

Mehr noch: Die Rede vom Zusammenhalt verliert ihre Unschuld angesichts der Fratze, in der er heute von der Rechten auch wieder als völkische Gemeinschaft in aller Aggressivität gegen zu inneren und äußeren Feinde erklärte Menschen propagiert wird. Wie in den zwölf Jahren des ›Tausend-

jährigen Reichs« bündelt sich hier die Wut und die Lust am Untergang bei denen, die in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft weder zurück in eine mythisierte Vergangenheit können,¹⁵ noch eine Zukunft vor sich sehen, weil sie »die Veränderung der gesellschaftlichen Basis« nicht wollen (Adorno 2019: 20), die ihre Wut erzeugt. Wo »Gutmenschen« zum Hassobjekt geworden sind, hilft auch kein Appell an Zusammenhalt durch Toleranz.

So sehr Menschen kooperieren müssen, um als soziale Wesen zu überleben, so wenig selbstverständlich ist es, dass und wie dies gelingt. Gerade in kapitalistischen Gesellschaften mit ihren inneren Widersprüchen sind die Regeln des Zusammenlebens immer umkämpft. Um welche Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens, um welchen »gesellschaftlichen Zusammenhalt« also soll es gehen? Allein die Frage zu stellen, scheint mir heute bereits von zentraler Bedeutung zu sein. Sie schließt eine für das politische Handeln noch wichtigere Frage ein: In welcher Gesellschaft will man leben? Mit Blick auf die Zukunft des politischen Gemeinwesens ist sie entscheidend.

Dass sie heute in dieser Form kaum noch gestellt wird, auch von der Linken nicht, zeigt an, wie erfolgreich die Politik der Entthronung von Politik, ihrer Unterwerfung unter Märkte und Kapitalmacht, in den letzten Jahrzehnten war. Die Rechte beutet die damit entstandene Leerstelle politischen Handelns aus, indem sie die Politik wieder auf ihre, in Deutschland bereits von den Nazis bekannte Weise in den Vordergrund rückt: durch die Entgegensetzung von Freund und Feind.¹⁶

Die Frage, in welcher Gesellschaft man leben will, lässt sich nicht aus einem großen Wurf nach den Prinzipien des »guten Lebens« beantworten. Aber schon gar nicht hilft die vorgestanzte Antwort, es gelte nur das zu verteidigen, was bereits da sei – den Kapitalismus und die Demokratie, wie wir sie kennen und die unverbrüchlich in der besten aller möglichen Welten verbunden seien. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft straft die Antwort Lügen und legt die Partikularität der Interessen bloß, die sie leitet.

Wie kann »man«¹⁷ aber die Frage, in welcher Gesellschaft man leben will, überhaupt stellen? Nur aus den Widersprüchen der auseinanderdriftenden Gesellschaft selbst heraus. Dort entscheidet sich, ob »man« gegenüber denjenigen, die das Auseinanderdriften vorantreiben, ein widerständiges Potenzial entwickelt.¹⁸ Und dort entscheidet sich auch, ob »man« dabei ein Allgemeines zur Geltung bringt, das im Unterschied zum exklusiven und exkludierenden »wir« der Rechten die Besonderheiten nicht auslöscht. Nur in der Kritik der auseinanderdriftenden Gesellschaft lassen sich Widersprüche und Konfliktpunkte aufzeigen, in denen jenes Allgemeine, für das die Besonderheiten

gleich gültig sind, als Möglichkeit zum Vorschein kommt: als Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben.

Die Entscheidung, von den Widersprüchen und Konflikten des Auseinanderdriftens selbst auszugehen, ist ihrerseits theoretisch begründet. Soziologische Analyse wird durch konkrete, historische Probleme herausgefordert und muss sich in der Darlegung der inneren, diese Probleme charakterisierenden Verhältnisse bewähren. Kritik ist dabei in zweifachem Sinn gemeint: als Aufzeigen von Triebkräften und Formen, vor allem aber auch den Folgen des Auseinanderdriftens. Und damit zugleich Kritik als Aufzeigen von Ansatzpunkten und Alternativen möglicher politischer Intervention – wenn eine solche denn gewollt wird. Wo zeichnen sich Widersprüche ab, an denen Widerstand gegen die herrschende Politik der gesellschaftlichen Spaltung ansetzen kann? Drei Konfliktlinien scheinen mir heute von zentraler Bedeutung zu sein.

Die erste betrifft das selbstbestimmte Leben. Der Krieg gegen die Gesellschaft verspricht Freiheit,¹⁹ betreibt aber die Unterwerfung der vereinzelt Einzelnen unter die Zwänge der Märkte und derer, die am Markt die Macht haben; er fordert Eigeninitiative, verhindert aber die Selbstbestimmung der Individuen als Teilen des politischen Gemeinwesens. Die Kämpfe um ein Gemeinwesen »auf der Höhe der Zeit« werden das selbstbestimmte Leben ins Zentrum rücken müssen, nicht im Gegensatz zum Sozialen, sondern auf dessen Grundlage; nicht in der Form von Vereinheitlichung, sondern von institutionalisierten Möglichkeiten, Unterschiede auf der Basis von gleicher Wertigkeit und gleichen sozialen Rechten zur Geltung bringen und Differenzen austragen zu können.²⁰ Nur durch eine Stärkung des Sozialen und daraus resultierender Gegenmacht wird auch selbstbestimmtes Leben möglich und verallgemeinerbar, kann erst ein demokratisches Gemeinwesen im strengen Sinn entstehen.

Die zweite Konfliktlinie ist mit der ersten eng verbunden. Sie betrifft die für gesellschaftliches Zusammenleben unhintergehbare Bedeutung der Arbeit. An der abhängigen Erwerbsarbeit setzt die Politik der gesellschaftlichen Spaltungen in vorderster Front an. Mit der Ausbreitung der Lohn- und Gehaltsabhängigkeit in ihren verschiedenen Gestalten und den neuen Formen abhängiger Selbständigkeit haben sich über traditionelle Klassengrenzen hinweg aber auch Interessenverletzungen verallgemeinert, die in der Krise der »Lohnarbeitsgesellschaft« (Castel), in der wir uns gegenwärtig befinden, zum Ausgangspunkt einer widerständigen Politik des Sozialen, einer Politik gegen das »Teile und Herrsche«, gemacht werden können.